

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Agrarausschuss

26. Sitzung

am Donnerstag, dem 7. Juni 2002, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Claus Hopp (CDU)

Wilhelm Malerius (SPD)

Maren Kruse (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

in Vertretung von Hermann Benker

in Vertretung von Jürgen Feddersen

Weitere Abgeordnete

Jutta Scheicht (CDU)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Situation und Entwicklung der Fischerei in Nord- und Ostsee sowie der Binnen- und Teichfischerei	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/452	
2. Förderung der Biotechnologie	7
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/119	
hierzu: Umdrucke 15/842, 15/1047 (neu), 15/1050, 15/1091, 15/1108, 15/1128, 15/1183	
3. Lebensmittel- und Futtermittelkontrolle in Schleswig-Holstein	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/832	
hierzu; Umdruck 15/1167	
4. Vorsorgemaßnahmen zur Verminderung weiterer BSE-Erkrankungen und zur Erforschung der Verbreitungswege von TSE-Erkrankungen	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/830	
hierzu: Umdrucke 15/1039, 15/1139	
5. Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“	10
Bericht der Landesregierung	
(mündlicher Bericht gegeben in der 27. Plenartagung am 22. März 2001, überwiesen am 22. März 2001 zur abschließenden Beratung)	
6. Lebendschlachtviehtransporte	12
Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW	

Drucksache 15/869 (neu)
Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/940

(überwiesen am 10. Mai 2001 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke 15/1143, 15/1175

7. Metropolregion Hamburg 14

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/905

hierzu: Umdruck 15/1202

8. Information/Kenntnisnahme

- a) Unterrichtung 15/27 - Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer
- b) Umdruck 15/1001 - Stellungnahme der die Landwirtschaftskammer S.H. tragenden Agrarverbände zur Zukunft einer leistungsfähigen Arbeitsverwaltung
- c) Umdruck 15/1073 - Antrag auf entgeltliche Eigentumsübertragung von 16 landeseigenen Seen
hierzu: Umdruck 15/1137 und
Kleine Anfrage des Abgeordneten Claus Hopp (CDU)
Drucksache 15/990
- d) Umdruck 15/1087 - Infos zum Kolloquium Pflanzenernährung und Bodenkunde der CAU

9. Verfahrensfragen zur Anhörung „Alternative und ergänzende Küstenschutzmaßnahmen“ 17

hierzu: Umdruck 15/978

10. Bericht der Landesregierung zum „Fortgang der Auszahlung der Rinderprämien in Schleswig-Holstein“ 18

Berichts Antrag des Abg. Peter Jensen-Nissen (CDU)
Umdruck 15/1098

11. Verschiedenes 20

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Der Ausschuss stimmt dem Berichtswunsch des Abg. Peter Jensen Nissen zu und beschließt, den Bericht der Landesregierung zum Fortgang der Auszahlung der Rinderprämie in Schleswig-Holstein als Punkt 10 der Tagesordnung zu beraten. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Situation und Entwicklung der Fischerei in Nord- und Ostsee sowie der Binnen- und Teichfischerei

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/452

(überwiesen am 19. Oktober 2000)

hierzu: Umdrucke 15/367, 15/499

M Ingrid Franzen erläutert kurz den vorliegenden Bericht und schildert sodann die weiteren Aktivitäten, die das Land inzwischen plane beziehungsweise in Angriff genommen habe. Es gehe dabei um folgende Punkte.

1. Das MLR beabsichtige, zu dem inzwischen vorliegenden Grünbuch der EU Anfang Juli einen runden Tisch mit den Betroffenen im MLR durchzuführen.
2. Zum Thema „Belohnung bei der Ablieferung von Munitionsfunden“ sei das Land bei seinem erneuten Vorstoß beim Bund leider wiederum erfolglos geblieben.
3. Auch bei der Forderung nach Einstellung der „Gammelfischerei“, wie sie insbesondere in Dänemark noch betrieben werde, sei man leider noch nicht erfolgreich gewesen.
4. Für die Ertragsausfälle durch die Kormoranfraßschäden würden die Fischer zumindest noch im laufenden Jahr entschädigt.
5. Von Interesse sei die inzwischen erfolgte Inbetriebnahme der Firma Ecomares in Büsum. Die Firma züchte in Aquakultur Wolfsbarsche und Steinbutt. Eine Ausweitung für die Züchtung von Shrimps werde überlegt. Sie, M Franzen, halte diesen Betrieb angesichts der anderswo praktizierten Massentierhaltung für sehr ökologisch und darüber hinaus auch für

sehr sinnvoll. Sie könne dem Ausschuss an dieser Stelle nur dazu raten, sich mit dem auch hier einschlägigen neuen FIAF-Programm einmal gesondert zu befassen.

M Ingrid Franzen schließt ihren Vortrag mit einem Hinweis auf die aktuelle Situation der Fischerei in Schleswig-Holstein. Nach den relativ guten Umsätzen im Frühjahr vergangenen Jahres, wo die Erzeugerpreise relativ hoch gewesen seien, schwäche sich die Nachfrage inzwischen etwas ab. Quotenprobleme zeichneten sich bisher allerdings noch nicht ab. Bei der Krabbenfischerei lägen die Umsätze allerdings unter Vorjahresniveau, da witterungsbedingt weniger Krabben angelandet werden könnten. Dies begründe auch den relativ hohen Preis bei den Krabben.

Bezüglich der Fischereihilfen bedauere sie, dass trotz des guten Zusammenhalts aller für die Fischerei zuständigen Minister auf der letzten Agrarministerkonferenz kein Erfolg erzielt worden sei. Die Minister würden aber selbstverständlich am Ball bleiben.

In der sich anschließenden Diskussion spricht Abg. Klaus Klinckhamer die Problematik des Baus eines **Offshore**-Windparks in der Lübecker Bucht und die dabei zu befürchtenden Auswirkungen auf die Fischerei an. Darüber hinaus vermisst er eine für die schleswig-holsteinischen Fischer akzeptable Lösung sowohl beim Thema der Ausflagung als auch bezüglich der Zahlungen für Munitionsfunde. Er fordert, das hier nachgearbeitet werden müsse.

Abg. Wilhelm Malerius drängt dazu, die Diskussion um die Errichtung von **Offshore**-Anlagen zunächst noch zurückzustellen, bis entsprechende Untersuchungsergebnisse vorliegen.

M Ingrid Franzen teilt mit, dass in Kürze eine Einladung zu einer Anhörung am 19-06-01 in Grömitz zum Thema **Offshore**-Anlagen an die Ausschussmitglieder ergehen werde.

Beschluss: Einstimmig beschließt der Ausschuss, dem Landtag Kenntnisnahme des Berichts zu empfehlen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Förderung der Biotechnologie

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 15/19

hierzu. Umdrucke 15/842, 15/1047 (neu), 15/1050, 15/1091, 15/1108, 15/1128,
15/1183

(überwiesen am 7. Juni 2000 an dem Wirtschaftsausschuss, den Bildungsaus-
schuss, den **Agrarausschuss** und den Umweltausschuss)

Der Ausschuss beschließt, die Beratung erst nach Abschluss der Anhörung im federführenden Wirtschaftsausschuss am 27-06-01 aufzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/832

(überwiesen am 22. März 2001 an den Umweltausschuss, den **Agrarausschuss** und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdruck 15/1167

Mit Hinweis auf die bereits im Plenum geführte Diskussion erwähnt M Ingrid Franzen nur noch kurz die Schwerpunkte des Berichts. Sie unterstreicht in ihren Ausführungen, dass es im Untersuchungszeitraum seit 1997 lediglich fünf Verunreinigungen in Futtermitteln gegeben habe. Dabei habe es sich nur um die Beigabe von Fischmehl gehandelt.

Für den Haushalt 2002 habe ihr Ministerium einige neue Stellen angemeldet, um die Kontrollen vertiefen zu können. Ob diese Stellen angesichts des Eckwertepapieres für den Haushalt allerdings zu realisieren seien, könne sie heute noch nicht sagen.

Abg. Claus Ehlers begrüßt die beabsichtigte personelle Verstärkung für die Futtermittelkontrollen und fordert eine Vereinheitlichung der Kontrollverfahren sowie eine größere Häufigkeit der Kontrollen in den einzelnen Kreisen.

Diese Forderung wird vom Vorsitzenden unterstützt. Er betont, dass er es für eine Selbstverständlichkeit halte, dass die Durchführung der Lebensmittelüberwachung in der Zuständigkeit der Kreise verbleibe.

Eine Bitte der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan, Auskunft zu erhalten über die auf Seite 20 des Berichts angegebenen Zahlen über die relative Häufigkeit von Beanstandungen bei einer im Jahre 1995 in der Stadt Neunmünster durchgeführten Kontrolle in Gaststätten, kommt das Ministerium mit Umdruck 15/1167 nach.

Beschluss: Der Bericht wird einstimmig abschließend zur Kenntnis genommen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Vorsorgemaßnahmen zur Verminderung weiterer BSE-Erkrankungen
und zur Erforschung der Verbreitungswege von TSE-Erkrankungen**

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/830

hierzu: Umdrucke 15/1039, 15/1139

(überwiesen am 22. März 2001 an den **Agrarausschuss**, den Umweltausschuss
und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

Nach kurzem Meinungsaustausch zwischen Abg. Dr. Christel Happach-Kasan, Abg. Claus Ehlers und Abg. Rainer Steenblock sowie RVetD Dr. Martin Heilemann über den Stand der Ursachenforschung und die weitere Entwicklung von Tests am lebenden Tier beschließt der Ausschuss Kenntnisnahme des Berichts.

Der beteiligte Umweltausschuss hatte in seiner Sitzung am 23. Mai 2001 dem federführenden Agrarausschuss ebenfalls Kenntnisnahme empfohlen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“

Bericht der Landesregierung

(mündlicher Bericht gegeben in der 27. Plenarsitzung am 22. März 2001;
überwiesen am 22. März 2001 zur abschließenden Beratung)

Die von Abg. Lars Harms gestellte Frage, wie weit inzwischen die Zusammenarbeit der Bundesländer für ein Gütezeichen mit einheitlichen Kriterien gediehen sei, beantwortet M Ingrid Franzen mit dem Hinweis auf die Absicht der Bundesverbraucherministerin, ein einheitliches Ökosiegel bundesweit nach europäischem Standard zu schaffen. Darüber hinaus werde im Bund auch für die konventionelle Landwirtschaft ein neues Gütezeichen angedacht, das oberhalb der gesetzlichen Anforderungen liegen solle. Dafür gebe es allerdings noch keinen zeitlichen Rahmen. Schleswig-Holstein gehe jedenfalls davon aus, dass ein solches Gütezeichen kommen werde. Allerdings könne Schleswig-Holstein als ein Land, das zu 98 % konventionelle Landwirtschaft betreibe, nicht unbegrenzt lange auf ein solches bundesweites Gütezeichen warten. Die Landwirtschaftskammer positioniere sich inzwischen bereits neu mit ihrer Gütezeichenarbeit, und dies geschehe auch im Blick auf Berlin. Sie, M Franzen, freue sich, dass in allen Papieren, die zurzeit für die nächste Agrarministerkonferenz vorbereitet würden, die Regionalität wieder eine größere Bedeutung erfahre.

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, begrüßt das von der Landwirtschaftskammer neu erarbeitete Konzept für ein Gütezeichen, das er als richtungsweisend bezeichnet.

Seine Frage, wie weit die Überlegungen über das schleswig-holsteinische Gütezeichen im Ministerium gediehen seien, beantwortet MR Alexander Goldenstern mit der Schilderung der Vorgehensweise bei der Einführung der so genannten vier Qualitätstore. Dabei werde nicht landesweit, sondern projektbezogen vorgegangen. So gebe es zum Beispiel schon eine Zusammenarbeit mit Coop, Redlefsen, der Familia-Gruppe und anderen.

Die weitere Diskussion dreht sich zunächst um die von Abg. Claus Ehlers gestellte Frage nach der weiteren finanziellen Beteiligung des Landes an der Gütezeichenarbeit der Kammer. M Ingrid Franzen erinnert an den verschärften Sparzwang durch das Eckwertepapier für den Haushalt und betont, dass sie im Rahmen der geführten Gespräche bei allen Beteiligten der Wirtschaft im Grunde offene Ohren für eine Mitarbeit gefunden habe. Sie hebt im Weiteren

auf die Freiwilligkeit der Betriebe bei der Zertifizierung ab und stellt klar, dass eine betriebliche Grundzertifizierung, wie sie von Abg. Claus Ehlers in die Diskussion eingebracht worden war, von Landesseite her nicht angestoßen werde.

Der Vorsitzende setzt sich dafür ein, die Landwirtschaftskammer auch in Zukunft in die Arbeit des Gütezeichens mit einzubinden und schließt die Diskussion mit der Feststellung, dass die Thematik auch bei den Haushaltsberatungen weiter auf der Tagesordnung stehen müsse.

Beschluss: Der Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Lebendschlachtviehtransporte

Antrag der Fraktion von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie
der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/869 (neu)

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/940

(überwiesen am 10. Mai 2001 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke 15/1143, 15/1175

M Ingrid Franzen erläutert eingangs den mit Umdruck 15/1143 vorgelegten Antrag des Landes Schleswig-Holstein an den Bundesrat auf Eindämmung des Langstreckentransports von Schlachttieren und auf Streichung der EU-Subventionen für Lebendtiertransporte. Die sich anschließende Diskussion dreht sich zunächst um die im Antrag Drucksache 15/869 (neu) vorgeschlagene Begrenzung der Transportzeiten für Lebendschlachtvieh auf maximal vier Stunden. Dieser Zeitrahmen wird von Abg. Claus Ehlers mit dem Hinweis in Frage gestellt, dass es in Schleswig-Holstein zu wenige Schlachthöfe gebe, als dass man die Tiere innerhalb von vier Stunden sammeln, verladen und beim Schlachthof abliefern könnte. Deshalb könnten die schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsbetriebe mit dieser Vorschrift nicht leben.

Für die Exporte in den Orient fordert Abg. Claus Ehlers geschlossene Kühlketten und die Einrichtung einer Schlachtstätte, in der Ritualschlachtungen ermöglicht werden sollten. Diese Forderung wird von Abg. Rainer Steenblock unterstützt.

Zu dem von Abg. Claus Ehlers vorgetragenen Problem der Vier-Stunden-Regelung schlägt Abg. Rainer Steenblock sodann eine entsprechende Formulierung für die Abrechnung von Sammelzeiten vor. Die Sammelzeiten könnten nach seiner Meinung aus der Vier-Stunden-Regelung herausgenommen werden.

Abg. Friedrich-Carl Wodarz begrüßt die vom Land Schleswig-Holstein formulierten Forderungen an den Bundesrat als einen Schritt in die richtige Richtung. Was die Frage der örtlichen Schlachtkapazitäten angehe, so glaube er, dass durch einen gewissen Druck ein entsprechender Markt geschaffen werden könne. Dieser Markt werde nach seiner Auffassung die vorgesehene Begrenzung ermöglichen.

Die Einrichtung von muslimischen Schlachthöfen sei ebenfalls zu begrüßen. Nach seinem Wissen gebe es Ähnliches bereits in Hamburg und Berlin.

Bezüglich des Antrags von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, den er für eine richtungsweisende Unterstützung für die Aktivitäten des Landes im Bundesrat halte, schlage er vor, um den Problemen der Sammelzeiten begegnen zu können, den Punkt 3 um den Zusatz zu erweitern: **„Ohne Sammelzeiten und mit Ausnahmen für die Belieferung von Spezienschlachtstätten“**. Diese Formulierung sollte ergänzend auch in Punkt 4 des Antrages an den Bundesrat aufgenommen werden.

Abg. Klaus Klinckhamer warnt davor, auf die Landwirte irgendeinen Druck auszuüben, um eventuell in Schleswig-Holstein einzurichtende Schlachthöfe ausreichend zu beliefern. Solche Pläne dürften nicht aus Kosten der Landwirte gehen.

MR Dr. Susanne Irmer legt sodann die Rechtslage bezüglich der ritualen Schlachtungen dar und schildert die Schwierigkeiten, die dadurch entstehen, dass nicht alle Religionen eine Betäubung akzeptierten, wie sie nach dem Tierschutzgesetz vorgeschrieben sei. Dies bitte sie bei den weiteren Überlegungen zur Einrichtung ritueller Schlachtstätten zu berücksichtigen.

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan greift die Überlegungen von Abg. Klaus Klinckhamer auf und gibt zu bedenken, dass die Einrichtung örtlicher Schlachtkapazitäten mit Blick darauf von Bedeutung sei, dass Schleswig-Holstein auch ein Standbein in der Ernährungswirtschaft haben und diese bewahren und fördern müsse. Deshalb müsse ein besseres Zusammenspiel zwischen Ernährungswirtschaft und Landwirtschaft angestrebt werden. Um dies zu erreichen, empfehle sie die Annahme des Antrages Drucksache 15/869 (neu) mit der von Abg. Friedrich-Carl Wodarz vorgeschlagenen Ergänzung bezüglich der Sammelzeiten in Punkt 3.

Der Anregung des Vorsitzenden, einen gemeinsam zu tragenden Formulierungsvorschlag aus beiden Anträgen zu finden, kann die Mehrheit nicht folgen. Abg. Friedrich-Carl Wodarz beantragt getrennte Abstimmungen über beide Anträge.

Beschluss: Mit den Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird dem Antrag zur Drucksache 15/869 (neu) mit der von Abg. Friedrich-Carl Wodarz vorgeschlagenen Ergänzung zu den Sammelzeiten gegen die Stimmen der CDU zugestimmt. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wird der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/940, abgelehnt. (Die Anträge sind im Ausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen worden und gehen nicht mehr ins Plenum zurück.)

Punkt 7 der Tagesordnung:

Metropolregion Hamburg

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/905

hierzu: Umdruck 15/1202

(überwiesen am 11. Mai 2001 an den **Agrarausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Umweltausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan unterstreicht, dass dieser Bericht auf Grund eines FDP-Antrags erstellt und gegeben worden sei. In diesem Bericht vermisste sie allerdings im Rahmen der Darstellung des REK-Leitprojektes „Freizeitorientiertes Radwegeangebot“ Aussagen über eine entsprechend verbundene Infrastruktur.

Abg. Rainer Steenblock will nicht nur den Landwirtschaftsteil des Berichtes diskutiert wissen. Aus seiner Sicht sei eine intensive Beschäftigung mit dem Bericht als Ganzes notwendig, da der Ausschuss auch für die Landplanung zuständig sei. Trotzdem überraschte ihn etwas, dass die Landwirtschaft nur so kurz angesprochen werde, denn immerhin werde die Metropolregion mit über 80 % landwirtschaftlich genutzter Fläche deutlich intensiver landwirtschaftlich genutzt als die übrigen Regionen Schleswig-Holsteins mit zirka 70 % landwirtschaftlich genutzter Fläche. Darüber hinaus vermisste er Aussagen zu den LSE. Diese Thematik sollte in die weiteren Beratungen mit einbezogen werden.

MR Ernst Hansen bestätigt den von Abg. Dr. Christel Happach-Kasan angemahnten Handlungsbedarf bei der Infrastruktur im Radwegbereich. Einzelne mehr kleinteilige Ergänzungen in diesem Bereich seien aus den einschlägigen Förderungsfonds durchaus förderungsfähig, wenn entsprechende Anträge eingingen.

Was den großen Teil landwirtschaftlich genutzter Fläche in der Metropolregion angehe, wie sie Abg. Rainer Steenblock angesprochen habe, so handle es sich hier im Wesentlichen um Gebiete in Niedersachsen. Diese Gebiete seien Anfang 1991 und im Jahre 1996 Schleswig-Holstein im Rahmen der Gestaltung der Gebietskulisse „einfach aufoktroziert“ worden, weil Niedersachsen sonst bei der Bildung der Metropolregion nicht mitgemacht hätte.

Die Anregung, die LSE mit in die Diskussion einzubeziehen, so fährt MR Hansen fort, werde man gern aufnehmen und weiter verfolgen. Auch hier zeige Niedersachsen noch eine gewisse Verweigerungshaltung, was von Schleswig-Holstein sehr bedauert werde. Im Übrigen sei das MLR für alle neuen Ideen bei den regionalen Leitprojekten sehr dankbar.

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden, die Beratung nach der Sommerpause nach Eingang der Voten der beteiligten Ausschüsse fortzusetzen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

a) Unterrichtung 15/27 - **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer**

M Ingrid Franzen geht von der ersten Lesung des Gesetzes im September aus. Sie bittet, die Beratungen im Ausschuss mit den dazugehörigen Anhörungen so zügig durchzuführen, dass die zweite Lesung wegen der Haushaltsrelevanz noch im Dezember stattfinden kann.

b) Umdruck 15/1001 - **Stellungnahme der die Landwirtschaftskammer S.-H. tragenden Agrarverbände zur Zukunft einer leistungsfähigen Arbeitsverwaltung**

Die Stellungnahme wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

c) Umdruck 15/1073 - **Antrag auf entgeltliche Eigentumsübertragung von 16 landeseigenen Seen**

hierzu: Umdruck 15/1137 und

Kleine Anfrage des Abgeordneten Claus Hopp (CDU) Drucksache 15/990

M Ingrid Franzen gibt bekannt, dass eine Entscheidung bis Ende des Jahres angestrebt werde. Die Umdrucke und die Kleine Anfrage werden zur Kenntnis genommen.

d) Umdruck 15/1087 - **Infos zum Kolloquium Pflanzenernährung und Bodenkunde der CAU**

Die Infos werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verfahrensfragen zur Anhörung „Alternative und ergänzende Küstenschutzmaßnahmen“

Umdruck 15/978

M Ingrid Franzen teilt mit, dass der Generalplan für die Juli-Sitzung angemeldet worden sei. Wenn der Ausschuss Anhörungen plane, sollten diese möglichst so rechtzeitig durchgeführt werden, dass eventuelle Anregungen noch vom MLR aufgenommen werden könnten. Der Plan müsse noch im laufenden Jahr vom Kabinett beschlossen werden, da der jetzige Plan müsse auslaufe.

Der Ausschuss beauftragt den Vorsitzenden, die Anhörliste in Umdruck 15/978 zu überarbeiten. Des Weiteren einigt der Ausschuss darauf, einen interfraktionellen Berichtsantrag über die Ergebnisse der Regionalkonferenzen für die Juli-Sitzung einzubringen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zum Fortgang der Auszahlung der Rinderprämien in Schleswig-Holstein

Berichts Antrag des Abg. Peter Jensen-Nissen (CDU)

Umdruck 15/1098

M Ingrid Franzen begründet die Verzögerung der Auszahlung mit krankheitsbedingten Ausfällen in ihrem Haus. Hinzu gekommen sei die Neuregelung bei der Schlachtpremie, das heißt, Schleswig-Holstein habe abweichend vom bisherigen Verfahren Abschlagszahlungen beschlossen. Nach dem aktuellen Stand hätten bisher 78,4 % der Betriebe einen Abschlag erhalten. Bei der Sonderprämie für männliche Rinder stehe nur noch ein Betrag von 1,9 Millionen DM zur Auszahlung an. Diese Gelder würden noch im Juni angewiesen. Damit seien dann ebenfalls fast 80 % der Betriebe erfasst.

Bei der Mutterkuhprämie und der Mutterschafprämie strebe man wegen des Zeitablaufes Schlusszahlungen an, weil Abschlagszahlungen hier nicht mehr sinnvoll seien. Die Mutterschafprämie mit 4,1 Millionen DM sei am 08.06.2001 gebucht. Die Mutterkuhprämie stehe noch aus. Die Schlusszahlungen würden bis zum 30.06.2001 erfolgen. Daran werde mich Hochdruck gearbeitet.

Die Gründe, warum es in Schleswig-Holstein nicht so gut geklappt habe, so wiederholt M Ingrid Franzen auf Vorhalt von Abg. Claus Ehlers, lägen zum einen - wie bereits angedeutet - in Krankheitsausfällen in ihrem Haus und zum anderen in dem Beschluss, Abschlagszahlungen zu machen. Fest stehe, dass nur unterhalb einer bestimmten Fehlerquote gezahlt werden dürfe. Das habe intensive Prüfungen nötig gemacht.

MR Detlef Christian geht sodann auf die einzelnen Schwierigkeiten ein, die es bei den Meldungen an die Datenbank gegeben habe. Der vorgegebene Termin 30-06-2001 werde aber trotz aller Schwierigkeiten entgegen anders lautender Meldungen in der Presse eingehalten werden können.

Abg. Claus Ehlers drückt seine Verwunderung darüber aus, dass zwar Mecklenburg-Vorpommern schon im Januar habe zahlen können, Schleswig-Holstein aber erst zum 30. Juni 2001 mit den Zahlungen auf dem Laufenden sein werde.

M Ingrid Franzen gibt zu, beim Zeitlimit im unteren Drittel der Bundesländer zu liegen und bietet eine entsprechende Aufstellung über die Zahlungsmodalitäten in den einzelnen Bundesländern an.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Terminplanung für das 2. Halbjahr 2001

Der Vorschlag wird gebilligt. Ein zusätzlicher Termin wird für Donnerstag, den 6. September 2001, anberaumt. Es soll die Kartoffelgemeinschaft Linnau GbR in Lindewitt besichtigt werden.

b) Der Vorsitzende lässt einen Prospekt **„Gemütlich Kaffee trinken - Bauernhofcafés in Schleswig-Holstein“** verteilen und empfiehlt den Besuch dieser Cafés.

c) Der Vorsitzende verweist auf die Broschüre **„Klar Schiff nach der Schlachtung - Workshop des Forschungszentrums Geomar über die Perspektiven der Entsorgung von Tiermehl und Tierfett“** vom 22. Mai 2001. Diese Broschüre ist bei den Akten der 26. Sitzung einzusehen.

Nächster Sitzungstermin: Donnerstag, der 5. Juli 2001; Besuch des Freilichtmuseums Molfsee

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, schließt die Sitzung um 12:05 Uhr.

gez. Claus Hopp

Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß

Geschäfts- und Protokollführerin